

Resolution

Einlagerung von Atommüll in die ehemalige Eisenerzgrube "Schacht Konrad" in Salzgitter-Bleckenstedt

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Niedersachsen e.V. lehnt die geplante Einlagerung von Atommüll in die ehemalige Eisenerzgrube "Schacht Konrad" in Salzgitter Bleckenstedt ab.

Das vordergründig eingeleitete Planfeststellungsverfahren ist nur scheinbar demokratisch, da die Bundesregierung ihr gesamtes Entsorgungskonzept auf das noch nicht genehmigte Endlager "Schacht Konrad" stützt. So haben die Genehmigungsbehörden der Länder "Schacht Konrad" bereits als Entsorgungsmachweis für die Kernkraftwerke Brokdorf, Grohnde, Lingen und Grafenrheide sowie beim Abriß des Kernkraftwerks Niederaichbach anerkannt. Dies stellt eine Vorwegnahme der Entscheidung über die Tauglichkeit von "Schacht Konrad" als Endlager für radioaktive Abfälle dar.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Landesverband Niedersachsen e.V. lehnt die geplante Einlagerung von Atommüll in die ehemalige Eisenerzgrube "Schacht Konrad" auch ab, denn

- die Eignung von "Schacht Konrad" für die Endlagerung von schwach radioaktiven Abfällen durch die Untersuchungen der Gesellschaft für Strahlenforschung ist nicht belegt,
- die kerntechnische Sicherheit des Betriebes ist nicht nachgewiesen,
- die Physikalisch-Technische Bundesanstalt versucht eine Umwidmung der Schachanlage zu einem Universalendlager trotz der obengenannten Mängel durchzusetzen,
- die installierte bzw. geplante Förder- und Hohlraumkapazität der Grube läßt auch die Einlagerung radioaktiver Abfälle aus dem europäischen Ausland zu, mit dem Argument der notwendigen wirtschaftlichen Auslastung des Betriebes,
- der Antransport anfallender Abfälle aus sämtlichen atommüllproduzierenden Anlagen der Bundesrepublik Deutschland per Schiene und Straße stellt ein unzumutbares Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung dar,
- die notwendige Interessenneutralität der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) als Gutachterin ist nicht gegeben. Die PTB hat als Antragstellerin im laufenden Planfeststellungsverfahren und spätere Betreiberin ein eindeutiges Interesse an der Genehmigung der Anlage und ist somit als neutrale gutachterliche Institution nicht geeignet.
- Voraussetzung für die andauernde Diskussion um mögliche Endlager in der BRD ist die Klärung des Atomprogrammes der Bundesregierung mit der Abschaltung aller Atomkraftwerke.

Der BUND fordert stattdessen eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung mit der Prüfung der gesamten Planunterlagen durch unabhängige Institute.